

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Sie haben es vielleicht schon bemerkt: Seit meiner Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages rücken nun auch in meinem Europa-Newsletter verstärkt Länder in den Fokus, die außerhalb Europas liegen. Das liegt schlichtweg daran, dass sich meine politischen Schwerpunkte verschoben haben und aktuell im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nord- und Nordwestafrika liegen; mein Interesse an Europa bleibt natürlich ungebrochen.



So bereiste ich in den letzten Wochen beispielsweise Ägypten und den Iran, Anfang Dezember brach ich zu politischen Gesprächen nach Tunesien auf. In Ägypten nahm ich an einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung teil, die sich der Sicherheitskooperation in Ost-Afrika widmete. Einbezogen waren Länder wie Äthiopien, Somalia und Sudan, um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Newsletter möchte ich den Sudan in den Mittelpunkt rücken.

Die Euro-Krise hält an. Als erstes Land suchte Irland Schutz unter Europas Rettungsschirm, der nach der griechischen Schuldenkrise aufgespannt wurde. Mehr hierzu finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

Wird Portugal nachfolgen? Ist ein Ende der Krise in Sicht? Befindet sich der Euro und damit die Europäische Union in Gefahr? Dies sind einige der Fragen, die uns beschäftigen, nicht nur in Berlin und Brüssel.

Die bestürzende Meldung eines Selbstmordanschlags in Stockholm am vergangenen Wochenende, der glücklicherweise keine weiteren Todesopfer gefordert hat, erschütterte nicht nur Schweden. Auch in Nürnberg ist die Gefahr aufgrund einer erhöhten Polizei-Präsenz rund um den Christkindlesmarkt spürbar.

Eines wird in diesen Tagen wieder einmal mehr als deutlich: Immaterielle „Güter“ wie Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität sind von unschätzbarem Wert. Sie verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit und unseren besonderen Schutz. Nicht nur in Zeiten wie diesen.

Mit freundlichen Grüßen

Diesen Monat

Editorial: Neue außenpolitische Schwerpunkte; Eurokrise	S.1
Die Euro-Krise und (k)ein Ende ?	S.2
Sudan vor Referendum	S.3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

Ausgabe Dez 2010

Termine

13. - 17. Dez 2010
Sitzungswoche des
Bundestags, Berlin



6. Jan 2011
Gottesdienst „100
Jahre Kolpingver-
ein“, Frauenkirche

8. Jan 2011
AK Europa der Mit-
telfranken-SPD

11. Jan 2011
Vortrag: „Krisenherd
Naher Osten“,
Christen in Verant-
wortung, Nürnberg

12. Jan 2011
Neujahrsempfang
der Stadt Nürnberg

14. Jan 2011
Vortrag über ‚Iran‘,
Bayerisch-Iran. Ge-
sellschaft, Nürnberg

15. Jan 2011
Neujahrsempfang
des Erzbischofs von
Bamberg, Herzo-
genaurach

Neujahrsempfang
der SPD-Mögeldorf

17. - 21. Jan 2011
Sitzungswoche des
Bundestags, Berlin

Die Euro-Krise und (k)ein Ende?

Als Konsequenz aus der griechischen Schuldenkrise spannte die EU im Frühjahr einen so genannten „Rettungsschirm“, um spekulativen Angriffen gegen den Euro die Grundlage zu entziehen.

Als erstes Land beantragte nun Irland Finanzhilfe aus dem Rettungsfonds der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF). In Irland löste dieser Schritt eine Regierungskrise aus, die Neuwahlen zur Folge haben könnte.

Ende November gaben die EU-Finanzminister Dublin grünes Licht für Kredithilfen aus dem Rettungsfonds der EU und des IWF. Auch Nicht-Euro-Länder wie Großbritannien, Dänemark und Schweden sagten Irland Kredite zu. Mittlerweile haben die EU-Finanzminister der Euro-Länder das Rettungspaket für Irland bewilligt. Das Kreditprogramm mit dem Volumen von 85 Milliarden Euro soll drei Jahre lang laufen. 35 Md.

Euro sind für die Sanierung angeschlagener irischer Banken vorgesehen, weitere 50 Md. Euro zur Deckung der durch die Bankenrettung entstandenen, zusätzlichen irischen Haushaltsdefizite. Deutschland ist mit einer Bürgschaft in Höhe von 6,1 Md. Euro beteiligt. Der IWF stellt 22,5 Md. Euro zur Verfügung. Nicht-Euro-Länder Großbritannien, Schweden und Dänemark wollen zusätzliche Kredite in Höhe von 4,5 Md. Euro beisteuern. All dies dient dem Ziel, die Finanzstabilität im Euroraum und somit in der gesamten Europäischen Union sicher zu stellen.

Diese Unterstützung wird an strenge politische Auflagen geknüpft, um den irischen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Im Rahmen der EU-Stabilitätskriterien ist ein Haushaltsdefizit von bis zu drei Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) zulässig - in Irland liegt es derzeit bei etwa 32 Prozent des BIP. Bereits im Februar

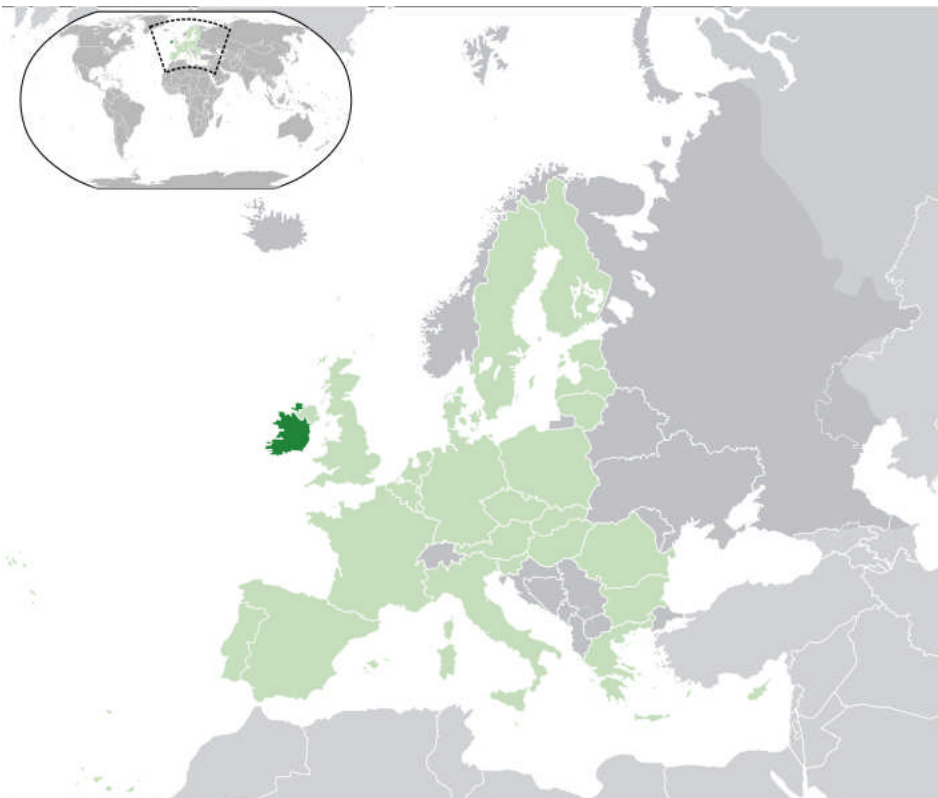


2009 leitete die EU ein Defizitverfahren gegen Irland ein und forderte das strikte Konsolidierungsmaßnahmen.

Das Sanierungsprogramm umfasst zwei zentrale Punkte: erstens die Reform des irischen Bankensystems, da es hauptverantwortlich für die finanzielle Notlage ist. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten die Banken nur durch Milliardenbürgschaften der irischen Regierung vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Zweitens soll der irische Staatshaushalt in den kommenden vier Jahren um 15 Md. Euro entlastet werden. Medienberichten zufolge stehen drastische Kürzungen bei den Sozialleistungen bevor. Auch eine Anhebung der vergleichsweise niedrigen Körperschaftssteuer von derzeit 12,5 Prozent ist seitens der EU im Gespräch. Irlands Premier Cowen schließt dies bislang allerdings aus.

Irland steht wegen der geplanten Finanzhilfen nun vor einer Regierungskrise. Die Grünen, die gemeinsam mit der Fianna Fáil die Regierung bilden, sprachen sich für rasche Neuwahlen aus. Bis zum Abschluss der Beratungen über das Sparpaket wollen sie jedoch in der Regierung bleiben. Neuwahlen könnten somit schon Anfang nächsten Jahres stattfinden.

Bild oben: Irische Gedenk-Euro-Münze anl. 10 Jahre Wirtschafts- und Währungsunion
Bild links: Irland (dunkelgrün), restliche EU (hellgrün)



Sudan vor Referendum – vorsichtiger Optimismus angebracht?

Der Sudan, in seiner Fläche sieben Mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, gehört geographisch sowohl zu Nord- wie auch zu Ost- und Zentralafrika. Das Land wird derzeit von einem autoritären Regime unter Präsident Omar al-Baschir (*rechts im Bild*) regiert.

Jahrzehntelang herrschte im Land Bürgerkrieg zwischen christlichen Rebellen im Süden und dem muslimisch-arabisch geprägten Regime im Norden. 2005 wurde der Bürgerkrieg mit einem Friedensabkommen, dem Comprehensive Peace Agreement (CPA), beendet. Teil des Abkommens war die Schaffung einer halb-autonomen Regierung im Südsudan und die Vereinbarung, dass dort eine Abstimmung darüber stattfinden sollte, ob der Südsudan unabhängig werden oder weiterhin eine Einheit mit dem Norden bilden sollte.



Derzeit laufen die Vorbereitungen für dieses Referendum in Südsudan, das am 9. Januar 2011 abgehalten werden soll. Nun wurde mit der Wählerregistrierung begonnen. Rund fünf Millionen Menschen sind zur Abstimmung aufgerufen.

Allerdings ist die Zeit bis zum Referendum sehr knapp, um die Abstimmung solide zu organisieren. Viele Streitfragen sind bis jetzt ungeklärt, insbesondere die eines



möglichen Grenzverlaufs zwischen Nord und Süd. Die Zukunft der ölreichen Region Abyei ist noch völlig unklar. Parallel zum Referendum in Südsudan sollen hier die Bewohner über ihre Zugehörigkeit zum Norden oder zum Süden abstimmen. Auch befürchten viele Menschen, die aus dem Süden stammen, aber im Norden leben, nach dem Referendum vertrieben zu werden. Zudem ist fraglich, ob das Regime im Norden eine Abspaltung überhaupt akzeptieren würde, da es damit den Zugriff auf Ölvorräte, auf fruchtbares Land und einen beträchtlichen Teil des Nilwassers verlöre. Das einträgliche Ölgeschäft sollte beide Seiten eigentlich zusammenschweißen, keine Seite kann ohne die andere vom Reichtum profitieren – im Süden liegt das Öl, der Norden hat die Pipeline. Allerdings ist das Verhältnis zwischen Nord und Süd grundsätzlich von ethnischer und religiöser Feindschaft geprägt.

Sollte der Süden sich für die Unabhängigkeit vom Norden entscheiden, worauf derzeit vieles hindeutet, entsteht ein Staat in der Region, der weder entwickelt noch stabil ist. Gilt die Entscheidung einem geeinten Sudan, ergeben sich Fragen der Macht- und Ressourcenteilung. Bräche ein neuer Bürgerkrieg aus, hätte dies dramatische Auswirkungen auf die Region. Eine weitere Destabilisierung der Region steht auch dem Interesse Europas an einem stabilen Nachbarkontinent entgegen.

Trotz der Risiken, die das Referendum birgt, ist vorsichtiger Optimismus für den Sudan angebracht. Die Umsetzung des Friedensabkommens geht langsam voran, und die Wahlen vom April 2010, die ersten seit 1986, waren ein Schritt zu mehr Demokratie.